

Zum Umgang mit
Zuwanderern in
Deutschland und Amerika

Der Bundeskanzler spricht kein Türkisch

Cem Özdemir

Die Nummer eins und die Nummer drei der Weltwirtschaft haben demnächst wichtige Wahlen. In den USA wird in zwei Jahren bereits ein neuer Präsident gewählt. Es bewerben sich der Amtsinhaber George W. Bush und bislang acht demokratische Herausforderer. In Deutschland werden im Juni 2004 die 99 Volksvertreter für das neue mächtigere Europaparlament bestimmt.

In beiden Ländern gibt es große ethnische Minderheiten, die wahlbestimmend sein können. Die mittlerweile dreizehn Prozent „Hispanics“ oder „Latinos“ sind noch vor den sich als „African-American“ bezeichnenden Schwarzen mit ungefähr zwölf Prozent jüngst zur größten eigenständigen Minderheit avanciert. Ihre Stimmen sind zwischen Republikanern und Demokraten heiß begehrt. Die über zwei Millionen Türken in Deutschland und mehr als eine halbe Million türkischen Deutschen sind trotz steigender Einbürgerungszahlen das extreme Gegenteil: Nahezu keine Partei traut sich, sich offen zu ihnen zu bekennen. Eine Kampagne gegen die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei – von nahezu allen Türken in Deutschland befürwortet – könnte der Wahlkampfhit der Union für die Europawahl im Juni nächsten Jahres werden. Die Sozialdemokraten, bislang größter Profiteur türkisch-stämmiger Wählerstimmen, hoffen ängstlich, der Sturm möge glimpflich verlaufen.

Die türkische Einwanderung begann nach dem Deutsch-Türkischen Anwerbe-

abkommen 1961, während die Einwanderung der Latinos in die USA sehr viel weiter zurückreicht: im Südwesten bis weit ins vergangene Jahrhundert, in Kalifornien um die achtzig Jahre. Trotzdem haben beide Wählergruppen ähnliche Probleme: mangelnde Sprachkompetenz bei Neueinwanderern, Probleme in der Schule, häufig gering qualifizierte Arbeitnehmer im Kleingewerbe oder in einfachen Beschäftigungsverhältnissen, hohe Arbeitslosigkeit und ein statistisch nicht erfasstes Heer von *undocumented*, das heißt Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Demgegenüber stehen die Erfolgsgeschichten von einer steigenden Zahl von Akademikern und Unternehmern, die jedoch bislang am insgesamt eher negativen Bild in der Gesamtgesellschaft nichts ändern können.

Woran also liegt es, dass US-Präsident George W. Bush im Radio auf Spanisch Ansprachen hält, während einem deutschen Bundeskanzler im vergleichbaren Fall wahrscheinlich der Vorwurf der Kapitulation vor den osmanischen Invasoren gemacht würde? Warum ist es im Deutschen Bundestag unvorstellbar, Türkisch-Kurse für Abgeordneten-Mitarbeiter aus Wahlkreisen mit hohem Migrantenanteil anzubieten, während im US-Kongress Spanisch-Kurse zur selbstverständlichen Zielgruppenarbeit in bestimmten Wählergruppen gehören?

Noch immer gilt unter Wahlkämpfern in Deutschland die einfache Regel, dass man mit einer integrations- und partizipationsfreundlichen Politik zwar Wahlen

verlieren, aber ganz bestimmt nicht gewinnen kann. Die Landtagswahl 1999 in Hessen verhalf nicht nur Roland Koch zum Amt des Ministerpräsidenten, sondern zwang Rot-Grün im Bund gleichzeitig, künftig mit kühnen Plänen wie dem ursprünglich wegweisenden neuen Staatsangehörigkeitsrecht vorsichtiger zu sein. Deutschland ist noch nicht so weit. In konservativen Kreisen gilt die einfache Maxime: Der Appell an niedere Instinkte hilft, eigene Wähler zu mobilisieren, die Angst vor Überfremdung und das Schüren von Empörung vor mangelnder „Anpassung an deutsche Sitten und Gebräuche“ lohnt sich offensichtlich stärker als der Versuch, neue Wählerschichten unter Migranten zu erreichen. Aber würde es sich für Christdemokraten und Christsoziale in Deutschland überhaupt lohnen, stärker auf Migranten und die größte Gruppe unter den Zuwanderern und ihren Nachfahren, die Türken, zuzugehen?

Vielleicht hilft ein Blick auf die US-Latinos. Ihre inhaltliche Affinität zu den US-Demokraten liegt auf der Hand, wenn es um den Erhalt der vergleichsweise bescheidenen Wohlfahrtsprogramme, den Ausbau des öffentlichen Bildungswesens oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze geht. Aber warum haben dann 35 Prozent der Latinos bei der Präsidentenwahl im Jahre 2000 für George W. Bush gestimmt?

Der Grund liegt weniger in der konkreten Politik der Republikaner als vielmehr in der Herausarbeitung gemeinsamer – konservativer – Werteüberzeugungen, stark beeinflusst von christlichen Traditionen. Die katholische Kirche fungiert immer noch als ein wichtiges Netzwerk unter Latinos in den USA. Recht geschickt gehen die Republikaner in den USA auf einzelne Kirchengemeinden zu, um sie an das amerikanische Wahlsystem „heranzuführen“. Potenzielle Wähler, die laut dem US-Soziologen und Migrationsexperten Peter Skerry „die helfende Hand nicht vergessen werden“.

Skerrys Beobachtungen helfen auch, eine weitere Strategie der Republikanischen Partei zu verstehen. Besonders ihre Kandidaten bemühen sich, während der Wahlkämpfe Spanisch gezielt einzusetzen. George W. Bush, über dessen Englisch-Kenntnisse nicht nur in Washington so manche Anekdote kursiert, geht mutig voran mit seiner eigenen Form von „Spanglish“, wenn er ein Latino-Publikum vor sich sieht. Auch wenn sein Spanisch alles andere als perfekt ist, viele Latino-Familien fühlen sich dadurch ernst genommen. Und für Bush lohnt sich die Mühe allemal: Es brachte ihm zusätzliche Stimmen in der 2000er Präsidentschaftswahl. Die jüngst veröffentlichte Meinungsumfrage von CBS und der *New York Times* verspricht den Republikanern gar vierzig Prozent der Latino-Stimmen.

Gemeinsame Werte

Viele US-Demokraten haben den langsamen Entfremdungsprozess noch nicht verarbeitet, waren sie es doch jahrelang gewohnt, Schwarze, Juden, Muslime und eben auch Latinos als sichere Bank im Wahlkampf zu betrachten. Ein wenig ungerecht ist es auch. Die Erwartungshaltung an Demokraten ist wesentlich höher, während den Republikanern bislang einfache Gesten der kulturellen Affinität genügen. Den Demokraten geht es ein wenig wie den Sozialdemokraten, die ihre Migranten, die Türken, ebenfalls als quasi garantierte Stimmen betrachten, um die man sich nicht weiter bemühen muss. Die Ansprüche an Christdemokraten dürften auch in Deutschland vergleichsweise niedriger sein.

Man möge sich einheimische konservative Politiker vorstellen, wie sie sich um die Stimmen von muslimischen Wählerinnen und Wählern bemühen. Im Grunde alles andere als abwegig: Traditionelle Unionswähler und viele Muslime haben mehr Gemeinsamkeiten, als beide

Gruppen realisieren, wenn es um konservative Familienwerte geht. Die jüngsten Äußerungen aus Rom in Sachen Ehe und Homosexualität dürften nicht nur bei traditionellen Katholiken mit Zustimmung rechnen. Auch viele konservativ denkende muslimische Migranten hier zu Lande können mit der „eingetragenen Partnerschaft“ nicht viel anfangen. Kann man sich in Deutschland christdemokratische Graswurzelarbeit in Moscheen vorstellen? Würden Edmund Stoiber, Roland Koch oder Angelika Merkel ihre Wahlkampfreden mit türkischen Textbausteinen anreichern?

Vielleicht hat die unterschiedliche Relevanz und Wahrnehmung der beiden *communities* ja nicht nur etwas mit den unterschiedlichen Entstehungsgeschichten der beiden Länder – hier das Einwanderungsland *par excellence*, dort die Republik, in der noch bis vor kurzem Staatsbürgerschaften für in Deutschland geborene Kinder nach deutschem und sonstigem Blut vergeben wurden – zu tun. Wie stark können die Einwanderer selbst ihr Schicksal in der Einwanderungsgesellschaft mitbestimmen?

Gemeinsame Stimme?

Türken in Deutschland und mehr noch ihre gelegentlich selbst ernannten und miteinander konkurrierenden Vertreter in diversen Dachverbänden, Föderationen und Allianzen sind sich bei aller sonstigen Uneinigkeit in einem zumeist einig: Wir müssen uns die jüdischen Organisationen vor allem in den USA zum Vorbild nehmen! Von der jüdischen Gemeinde lernen, heißt Einfluss haben. Ein Vergleich, der an allen Ecken und Enden hinkt.

An dem Selbstbewusstsein vieler Türken in Deutschland nagte bis zum Antritt der Reform-Regierung unter Ministerpräsident Erdogan eine als „ungerecht und einseitig“ empfundene Darstellung der alten Heimat Türkei in den deutschen

Medien, wenn es um Themen wie Folter oder die Kurdenfrage ging. Vielen eher patriotischen Türken fiel es schwer, Kritik an kritikwürdigen Zuständen im Herkunftsland in „fremden“ Medien als berechtigte Information einer kritischen Öffentlichkeit in einer Demokratie zu sehen und nicht als Versuch, die ehemalige Heimat schlecht zu machen. In der innenpolitischen Debatte dagegen müssen sie den Kopf hinhalten für die Bildungsmisere, steigende Arbeitslosigkeit und hohe Sozialhilfeausgaben. Medienkampagnen über angeblich besonders aggressive türkische Kinder – der Fall „Mehmet“ lässt grüßen – tun ein Übriges.

Doch passt der Vergleich überhaupt? Zugegeben, auch viele Juden streiten sich leidenschaftlich gerne, aber die Erfahrung der Shoa ist in ihrer Dimension und Einmaligkeit so prägend, dass in Fragen der nationalen Sicherheit des Staates Israel oder der eigenen Sicherheit persönliche Animositäten meistens zurückzustehen haben. Die jüngste Zuwanderung russischer Juden ausgenommen, handelt es sich bei den jüdischen Deutschen um eine alteingesessene und etablierte Minderheit, die mit den türkischen und anderen Gastarbeitern der späten fünfziger und sechziger Jahre und ihren Nachkommen außer der Erfahrung des deutschen Rassismus praktisch nichts gemeinsam hat.

Wo die jüdischen Gemeinden auch in Deutschland angesichts jahrelanger palästinensischer Intifada und brutalem Terror durch Selbstmordattentate stetig weiter nach rechts gerückt sind, so hat der blutige und grausam geführte Kampf zwischen der PKK und den Sicherheitskräften in der Türkei ebenfalls eine verhängnisvolle Stärkung des türkischen Nationalismus erzeugt. Gleichzeitig aber sind die Unterschiede zwischen Laizisten, Liberalen und Ultra-Religiösen eher schärfer geworden. Diese Art von *long distance nationalism* kann auch als ein Zei-

chen für eine defizitäre Einmischung und Identifikation mit Deutschland gesehen werden.

Spätestens als Ignatz Bubis, der verstorbene ehemalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Deutschland, nach dem Brandanschlag auf Familie Genc in Solingen in den *Tagesthemen* seine Anklage gegen die damalige Regierung in Deutschland und ihr Versagen gegen den immer unverhohlener aufkommenden Rassismus aussprach, hatte er seinen ewigen Platz in den Herzen aller „Anatolier“ in Deutschland. Mehr als alle „eigenen“ Vertreter fand er die richtigen Worte und war fortan so etwas wie „ihre“ Stimme. Am liebsten würden wohl manche Paul Spiegel, den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Deutschland, kraft Amtes gleich zum Mitvorsitzenden aller Türken, Kurden, Aleviten, Sunniten (einige wenige islamistischen und antisemitischen Gruppen ausgenommen) in Deutschland erklären.

Von den USA lernen

Ein Blick über den Atlantischen Ozean zu den Latinos in den USA könnte den neuen Bindestrich-Deutschen, also allen neuen und künftigen Deutschen Staatsbürgern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, weiterhelfen. Die Latinos in den USA haben viel mehr Gemeinsamkeiten mit den Lebensbedingungen und Problemen der Menschen türkischer Herkunft in Deutschland als jede andere ethnische Gruppe. Der von manchen „Kanakattackern“ gerne kokettierend bemühte Vergleich zwischen den „African-Americans“ in den USA ist nicht nur naiv, er ignoriert und verharmlost die Erfahrung der Sklaverei und den Völkermord und vergleicht Dinge, die nicht zu vergleichen sind. Die Generation meiner Eltern wurde nicht gezwungen, nach Deutschland auszuwandern, wenngleich Deutschland damals froh war über die billigen und willigen Arbeitskräfte.

Was muss geschehen, damit eine Einbindung überwiegend konservativer Türken in Deutschland erfolgreicher wird? Wenn im November dieses Jahres die größte und einflussreichste Dachorganisation von Latinos in den USA, La Raza, nach Deutschland kommt, sollten türkische Organisationen diese Gelegenheit gut nutzen, um wechselseitige Kontakte aufzubauen. Die Mitglieder des Vorstandes von La Raza, die in den USA bei beiden Parteien exzellent vernetzt sind und auf deren Jahrestreffen bis zu 20 000 Menschen zusammenkommen, wissen trotz unterschiedlicher Präferenzen zwischen Demokraten und Republikanern, mehr Rechte für ihre Leute gibt es nur, wenn sie zusammenhalten. Wenn es um ein neues Abkommen zwischen Mexiko und den USA geht, um beispielsweise die Lebenssituation von „Illegalen“ zu verbessern: Einigkeit, auch eine taktische, macht stark. Gemeinsame Interessen, keine Ideologie, verbindet bei La Raza die größte Gruppe der „Mexican-Americans“ mit Guatemalteken, Argentinern oder Exil-Kubanern. Dabei müssen auch immer wieder Vorurteile untereinander abgebaut werden und gelegentlich dem einen oder anderen Beamten beim Besuch in Mexiko erklärt werden, dass ein argentinischer Amerikaner, der ein aktiver McCain-Republikaner ist, auch für die mexikanischen Amerikaner mit überwiegend demokratischer Gesinnung sprechen kann. Geschickt wird auch die Wirtschaftskraft von Unternehmern aus der eigenen *community* eingesetzt, um Kandidaten in Wahlkämpfen entsprechende Versprechen abzurufen. Vergleichbares lässt sich über viele türkische Organisationen leider nicht sagen. Mangelnde Sprachkenntnisse, unzureichende Kenntnisse der deutschen Gesellschaft und eine Abhängigkeit verhindern, dass in diesen Organisationen die „Besten“ der eigenen *community* mitmachen. Viele Migranten bevorzugen eher den direkten Weg in deutsche Parteien, Gewerkschaften

ten, Berufs- und andere Organisationen, anstatt ihre Freizeit in ethnischen Verbänden zu verbringen. Die Öffentlichkeitsarbeit vieler traditioneller türkischer Vereine und Dachverbände reicht häufig maximal bis in türkische Tageszeitungen wie die Deutschland-Ausgabe der *Hürriyet*, wo man sich in gegenseitiger Selbstbewehräucherung und Selbstmitleid gefällt. Politischer Einfluss in Sachen humanes Zuwanderungsgesetz oder EU-Beitritt der Türkei sieht anders aus.

Wenn die Türken, aber auch andere Migrantengruppen in Deutschland von den USA und den Latinos lernen wollen, dann sollten sie vor allem den skandalösen Ausschluss von über sieben Millionen Migranten in Deutschland in nahezu der gesamten Zukunftsdebatte endlich thematisieren. Diskussionen um den europäischen Konventsprozess, Bildungsreformen, die Agenda 2010 oder die Reformen an Gesundheit und Rente sind rein teutonische Diskussionen, die so tun, als könnte man die veränderte Zusammensetzung der Gesellschaft und die rasanten demografischen Veränderungen schlicht ignorieren. Auch unter Rot-Grün hat sich daran strukturell nicht viel geändert: Selbst in Zuwanderungskommissionen verirrt sich kaum einmal ein Migrant. Die Bindestrich-Deutschen müssen draußen bleiben. Doch die Gesellschaft hat sich längst verwandelt und ist viel kosmopolitischer, als sich ihre Politiker eingestehen. Diese in das neue Deutschland hinein verlängerte Lebenslüge der alten Bundesrepublik muss endlich aufgebrochen werden – von beiden Seiten. Dies setzt aber auch voraus, dass man die von der deutschen Mehrheitsgesellschaft zugewiesene Rolle des „Ausländers“ selbst nicht annimmt und seinen Lebens- und Interessensmittelpunkt in der hiesigen Gesellschaft verortet. Im Zweifelsfall ist es für die Zukunft der eigenen Kinder wichtiger, den Namen der Klassenlehrerin zu kennen als den

Namen des türkischen Generalstabschefs. Wer seine Antennen sprichwörtlich nach Ankara richtet, kann in Deutschland keine relevante Rolle spielen. Übrigens wird dadurch dem Anliegen einer europäischen Annäherung der Türkei auch wesentlich besser gedient. Die Christdemokraten, die Republikaner Deutschlands, könnten ebenfalls von ihren US-Kollegen eine Lektion in Sachen Abbau von Resentiments gegenüber ethnischen Minderheiten lernen, und wie man Stimmen unter Migranten gewinnt. Konservative und religiöse Migranten aus der Türkei sind für Grüne und Sozialdemokraten auf Dauer nur schwer zu halten. Ihre Aufmerksamkeit muss aber im Interesse Deutschlands in diese Gesellschaft gerichtet werden. Die Christdemokraten verweigern sich ihrer Aufgabe zum Wohle dieser Gesellschaft, ihre eigenen Wähler an die Realität der multikulturellen Gesellschaft zu gewöhnen und gleichzeitig heimatlosen türkisch-deutschen Wählern eine neue Heimat zu bieten. So könnte die rotgrüne Politik der kulturellen Öffnung Deutschlands durch das neue Staatsbürgerschaftsrecht auch gute neue Christdemokraten schaffen. Im State Department gibt es seit Jahren eine Debatte über *diversity as Foreign Policy asset*. Spezifische Kenntnisse fremder Kulturen durch einen eigenen Migrationshintergrund sollen als Vorteil für das eigene Land genutzt werden.

Sicher, die in praktisch allen gesellschaftlichen Bereichen propagierte *diversity* endet auch in den USA gelegentlich da, wo es um die Wahl der Schule für das eigene Kind oder das Wohnviertel und die Nachbarn geht. Aber einflussreiche Migrantenorganisationen wie La Raza haben immerhin dazu beigetragen, dass eine zumindest offiziell farbenblinde Gesellschaft entstanden ist, in der der Wettbewerb um die Stimmen der Zuwanderer zunehmend die Politik beeinflusst.